

Sorauer Tageblatt

Verlegt: Tageblatt Sorau Niederlausitz
Postfach - Konto:
Nr. 554 Berlin N.W. 7

(Sorauer Wochenblatt)

Telefonnummer 22 und 37.
Konto bei der Reichsbank

Alleiniges Publikationsorgan des Magistrats von Christianstadt a. B.



Erziehungswerte (freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für 29, 10, — 11, 1923: In Sorau in den Ausgabezeiten 60 Millionen M., ins Haus gebracht 6,1 Milliarden M., auf dem Lande in den Ausgabezeiten der nahe Sorau liegenden Ortsteile 6,2 Milliarden M., der weiter gelegenen 6,3 Milliarden M., ins Haus gebracht 0,1 Milliarden M. mehr, durch die Post bezogen monatlich: — Wochenarten, nur in der Geschäftsstelle Lindenstraße 2: 60 Millionen M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitseinstellung oder Auswanderung der Bezahler findet Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Zahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise mal Schlüsselzahl 24 Millionen: Die 9 gepalt. Kolonnenzeile für Stadt u. Kreis Sorau je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Gehalte und Angebote) M. 6, alle anderen Anzeigen M. 9, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Gehalte und Angebote) M. 16, alle anderen Anzeigen M. 24. — Im Kleinmetriert die 4 gepaltene Kolonnenzeile je Millimeterhöhe M. 30, auswärtig M. 60. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gebühr für Abfertigung zu übernehmen. — Bei Anzeigen nach festem Tarif, nur gültig bei fortwährender Bezahlung; bei späterer Bezahlung, bei Konturufen und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 259

Sonntag, den 4. November 1923

113. Jahrgang

Das Ende der großen Koalition.

Austritt der sozialdemokratischen Minister.

Der Reichskanzler, der sich von seiner kurzen Erkrankung wieder erholt hat, empfing Freitag vormittag 11 Uhr die Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Gleichzeitig trat im Reichstag die demokratische Fraktion zu einer Besprechung der Lage zusammen.

Am Nachmittag erklärte der Reichskanzler den Führern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Weis, Herrmann Müller, Dittmann und Dr. Breitfeld, daß die sozialdemokratischen Bedingungen nach Rücksprache mit den bürgerlichen Parteiführern als unannehmbar angesehen werden müßten. Der Reichskanzler begründete die Ablehnung sowohl mit grundsätzlichen wie mit sachlichen Gründen. Als grundsätzliche Gründe für die Ablehnung begründete er es, daß das Kabinett sich nicht dem Vorwurf aussetzen könne, daß es seine Politik auf die Forderungen einer einzelnen Partei der Koalition festlege und, umal unter „marxistischen“ Druck, gegen Bayern vorgehe. Das hieße die innere Linie noch mehr verschärfen. Ferner erklärte der Reichskanzler, die verlangte Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes in diesem Augenblick mit Rücksicht auf die Ereignisse in Sachsen und an der thüringisch-bayerischen Grenze für unmöglich. Mit diesem Bescheide traten die Führer der Sozialdemokraten vor ihre Fraktion, die zu einer außerordentlich stark besuchten Sitzung am Reichstage verammelt war. Nach verhältnismäßig kurzer Aussprache auf Grund eines Berichtes des Abgeordneten Herrmann Müller, der noch durch den Innenminister Sellmann ergänzt wurde, beschloß die Fraktion mit allen gegen 19 Stimmen die Ablehnung ihrer Minister aus dem Kabinett.

Die Führer der sozialdemokratischen Fraktion begaben sich zum Reichskanzler, um ihm von diesem Beschlusse Kenntnis zu geben. Der Reichskanzler hat das Austrittsgesuch der sozialdemokratischen Minister angenommen und dem Reichspräsidenten zur Entscheidung weitergereicht.

Die Besprechungen.

Berlin, 2. Nov. (W. L. B.) In der heutigen Besprechung mit den Führern der sozialdemokratischen Partei und den Führern der bürgerlichen Koalitionsparteien führte der Reichskanzler auf Grund der vorausgehenden Aussprache mit den sozialdemokratischen Ministern folgendes aus: Durch die Tatsache, daß es die sozialdemokratische Partei für richtig befunden habe, ihre Forderungen durch die Presse bekanntzugeben, sei die Situation außerordentlich erschwert worden. Selbst wenn die Mehrheit des Reichskabinetts an sich die Möglichkeit gesehen hätte, den sozialdemokratischen Forderungen zu entsprechen, so sei durch jene Veröffentlichung ein derartiges Entgegenkommen der Reichsregierung fast ausgeschlossen worden, weil damit der Eindruck erweckt worden wäre, daß die Reichsregierung sich dem Willen einer einzelnen Partei beuge und sich ihre Bindungen von der Sozialdemokratie diktiert liege. Der Vorwurf, den weite Volkspartei — bisher mit Unrecht — gegen das Kabinett Stresemann erhoben hätten, daß es unter bestimmtem marxistischen Einfluß stehe und handle, wäre dann in der Öffentlichkeit als richtig und erwiesen angenommen worden. Wird auch sachlich gegen den Reichskanzler und die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts nicht in der Lage, den sozialdemokratischen Forderungen zu entsprechen, so über die allgemeine innerpolitische Lage, noch

vor allem die Verhältnisse in Sachsen und an der thüringisch-bayerischen Grenze gestärkten zurecht eine Aufhebung des Ausnahmezustandes oder seine Umänderung in eine Form, die die vollziehende Gewalt in zivilen Personen überträgt. Auch einen Zeitpunkt anzugeben, an dem die an sich sicherlich erwünschte Aufhebung des Ausnahmezustandes erfolgen solle, sei unter den obwaltenden Umständen nicht möglich. Dies sei abhängig von der ganzen Entwicklung der Verhältnisse. Daneben würde durch eine Umänderung des Ausnahmezustandes in diesem Augenblick auf Grund der sozialdemokratischen Forderungen in der Reichswehr, die verfassungsmäßig und pflichtgemäß ihre Schuldigkeit getan habe und tue, das für sie und für die Reichsregierung nicht tragbare Gefühl erzeugt werden, als ob der Reichswehr auf Verlangen einer politischen Partei hin unangebrachtes Mißtrauen beige würde.

Nach der Fraktionsitzung der sozialdemokratischen Partei wurde der Reichskanzler von dem Beschluß der Fraktion in Kenntnis gesetzt, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts, Reichsinnenminister Sellmann, Reichsjustizminister Dr. Radbruch und Reichsminister für Wiederaufbau Robert Schmidt, aus dem Reichskabinett ausstiepen.

Über die dem Bruche der großen Koalition vorausgehenden Vorgänge ist noch zu melden, daß die Besprechung der Parteiführer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beim Reichskanzler keine positiven Ergebnisse hatte. Ebenso war eine Vorbesprechung der Fraktionsführer der Gesamtkoalition, die schon vorher im Reichstage stattgefunden hatte, ergebnislos verlaufen. In letzter Stunde hatten dann noch die Demokraten Entregungen gemacht, den Zusammenbruch der großen Koalition aufzuhalten. Sie hätten, als bereits eine Kabinettsitzung tagte, in der einige sehr wichtige Veränderungen über Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten beraten wurden, einen ihrer Führer zum Reichskanzler gelangt, um ihm den Wunsch zu übermitteln, er möge doch noch einmal den Versuch machen, mit den Sozialdemokraten in Verhandlungen einzutreten. Dieser Versuch ist, wie die Entwicklung gezeigt hat, dem nicht mehr gemacht worden. Der „Vorwärts“ hatte schon im Voraus den Bruch als wahrscheinlich bezeichnet, denn die sozialdemokratischen Forderungen liefen für unsere Fraktion Selbstverständlichkeiten, ohne deren Erfüllung ein Verbleiben in der Regierung unmöglich ist.

Nach dem Austritt der sozialdemokratischen Minister.

Auf die Frage, was nach dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung geschehen werde, werden von den Blättern zwei Möglichkeiten bezeichnet: entweder der Reichskanzler erklärt den Austritt des gesamten Kabinetts oder es findet lediglich eine Ergänzung des jetzigen Kabinetts statt. In parlamentarischen Kreisen fällt man die letztere Möglichkeit für die wahrscheinlichere. Man sprach hat dem Wunsche einer Regierung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, also aus der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten. Es würde dann abzumachen bleiben, ob ein solches Kabinett im Reichstage nicht zu große Schwierigkeiten für die Weiterführung der Arbeit bei den Parteien rechts und links von ihm finden werde. Eine Erweiterung des Kabinetts nach rechts würde bei den Demokraten auf Widerstand stoßen, und auch Reichskanzler Dr. Stresemann soll, den Blättern zufolge, einer Einziehung von Vertretern der deutschnationalen Volkspartei zur Ergänzung des Kabinetts abgeneigt sein. In dieser Richtung ist auch die Haltung der deutschnationalen von Wichtigkeit. Ihre Fraktion hat bisher noch nicht zur Lage Stellung genommen. Aus ihren Kreisen verläutet aber, daß man sich genötigt sehen wird, in eine sehr genaue Nachprüfung der neu geschaffenen Lage einzutreten, die immerhin erhebliche Unterschiede gegenüber der Situation aufweist, wie sie bei der letzten Kabinettskrise bestand.

Als wichtigste Folge des Zerfalls der großen Koalition wird das Aufheben der Ermächtigungsgesetzes

bezeichnet. Die aufgrund des Gesetzes erlassenen Verordnungen bleiben jedoch in Kraft. Die weiteren Maßnahmen der Regierung könnten nach dem Fortfall des Ermächtigungsgesetzes aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung ergriffen werden.

Über die fernere Haltung der sozialdemokratischen Partei schreibt der „Vorwärts“, daß das Reichskabinett auf die Unterstützung der Sozialdemokratie nicht mehr rechnen könne. Die Sozialdemokratie werde jedoch, auch außerhalb der Regierung, es nicht unterlassen, eine scharfe Trennungslinie zu ziehen zwischen ihrer überlebten Kampfethode und der sinnlosen, von Illusion zu Illusion taumelnden Politik der Kommunisten.

Die große Koalition in Preußen.

Noch ehe das Ergebnis des gestrigen Tages vorlag, schrieb die Nationalliberale Korrespondenz (Presseblatt der Deutschen Volkspartei): Wenn die sozialdemokratische Partei sich der Verantwortung im Reich entziehen will, so wird man auch in Preußen daraus die Folgerungen zu ziehen haben. Wichtiges geht in der preußischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei — die doch den Gedanken der großen Koalition stets am liebsten vertreten hat — die Stimmung dahin, daß auch in dem größten Bundeslande eine andere Grundlage für die Regierung geschaffen werden muß, wenn im Reich die gekennzeichnete Entwicklung durchsetzt.

Aus Preußen, die der preußischen Regierung sehr nahe stehen, wird die obige Ansicht nicht geteilt. Die Führer der preußischen Landtagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten seien jedenfalls der Meinung, daß eine solche Forderung nicht aus der Veränderung der Regierungsverhältnisse im Reich zu ziehen sei. Wenn wirklich der Flügel der Deutschen Volkspartei, der den Fortbestand der großen Koalition in Preußen für unmöglich hält, sich durchsetzen sollte, so wäre immerhin als Lösung die kleine Koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten möglich, die schon früher die preußische Regierung gebildet hat.

Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei steht noch nicht fest. Eine Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei kam gestern zu keinem Beschluß. Die Fraktion vertagte sich auf Dienstag.

Von hervorragender deutchnationaler Seite wird die Tatsache mit Genugtuung begrüßt, daß nun endlich der sozialdemokratische Einfluß im Reich gebrochen sei: Die ganze Richtung im Volk gehe dahin, daß nun eine rein bürgerliche Regierung kommen müsse, die die absolute Garantie nach persönlicher wie sachlicher Richtung dafür biete, daß sie frei sei von dem marxistischen Einfluß, von dem der Reichskanzler gesprochen hat. Nur eine solche bürgerliche Regierung könne die Lösung des Konfliktes — auch mit Bayern — bringen. Natürlich müßten diese Garantien auch für Preußen gegeben werden. Der Standpunkt der deutschnationalen Volkspartei liege eben darin, daß wenn nicht die Sozialdemokraten auch aus der Regierung Preußens hinaus kämen, keine Garantien gegeben seien; denn wenn Preußen, also zwei Drittel des Reiches sozialdemokratisch verwaltet werde, könne auch die beste Reichsregierung nichts machen. Die deutschnationale Volkspartei müsse verlangen, daß auch in Preußen die Koalition gesprengt werde.

Thüringen und Bayern.

Wegen der Vorgänge an der thüringisch-bayerischen Grenze hat nach dem „Vorwärts“ der Minister des Innern Sellmann ein Telegramm an den bayerischen Ministerpräsidenten von Aniling gerichtet, worin er darauf hinweist, daß die preußische und die thüringische Regierung beim Ministerium des Innern ersüchende Vorstellungen wegen der Konzentration irregulärer Truppen an der nordbayerischen Grenze erhoben hätten, die mit schweren Waffen und mit Geschützen ausgerüstet seien. Ähnliche Meldungen sprächen von Grenzüberstreichungen und von Schießen auf die thüringische Grenzpolizei. Preußen und Thüringen verlangen scheinunglos Schutz von der Reichsregierung, und er erzeuge im Reichsinteresse um baldige Aufklärung über die irregulären Stellungen in Nordbayern und über die Maßnahmen der bayerischen Regierung gegen diese große innerpolitische Gefahr.

Kommunistischer Bandenterror.

Dresden, 2. Nov. Wie gemeindet wird, haben sich in Bautzen entgegen dem Verbot des Wehrkreiskommandos die Kommunisten erneut zu Sondereinheiten zusammengeschlossen. In den Gruben und Hütten nördlich von Bautzen haben sich ebenfalls proletarische Sondereinheiten gebildet. Diese unternehmen in den letzten Nächten wiederholt Streifzüge in die umliegenden Dörfer und auf die Rittergüter. Sie erschienen plötzlich nachts, wählten die Bewohner aus dem Schlaf und durchsuchten die Wohnungen und sonstige Räumlichkeiten augenblicklich nach Waffen. Durch diese nächtlichen Raubzüge ist die ganze Gegend in die äußerste Unruhe versetzt worden. In der letzten Nacht wurde in der Nähe von Bautzen ein Bauer unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in der Sondereinheit der Wehrkreiskommando nach Bautzen in das Untersuchungsgefängnis. Der Garnisonkommande von Bautzen erhielt hierauf ein Schreiben von den Sondereinheiten, in dem die Freilassung der festgenommenen verlangt wurde. Die Forderung ist abgelehnt; die Wehrkreiskommando sind an das Wehrkreiskommando in Dresden verwiesen worden. Auch bei dem Wehrkreiskommando in Dresden erschienen die Wehrkreiskommando, wurden hier aber ebenfalls abgewiesen.

Die Goldanleihe-Saule.

In fährdenen Wirtschaftskreisen macht sich harter Unwille gegen die Kurstreiber und Spekulationen am Markt der Goldanleihe geltend. Wie der „Deutsche Handelsblätt“ berichtet, verweist man darauf, daß die ganze Goldanleihe bereits vor Ende Oktober in den Händen der Kurstreiber sei. In der Lage sah, sich die Kurstreiber und Spekulationen zu bringen beachteten Sätze zu beschaffen.

In der „Deutschen Tageszeitung“ lesen wir über den gestrigen Börsentag: Nachdem der Dollarkurs die ihm von der Reichsbank eine zeitlang gesetzten Schranken gestern so sehr übergriffen hat, ist heute die entsprechende Saule an der Berliner Börse in vollem Gange. Zunächst stürzte sich alles auf die Goldanleihe, um sich gegen etwaige Verluste aus der Papiermarkt zu sichern. Das hatte zur Folge, daß durch die starke Nachfrage des Inlandes, vergrößert durch Käufe auswärts, die Kurse für Auslandsanleihen oder aber auch durch direkte Auslandskäufe, der Kurs für Goldanleihe noch über den des amerikanischen Dollars hinausging. Bereits in den gestrigen Abendstunden waren die preussischen Kurstreiber in Goldanleihe so ausgegrät, daß man auf einen ungewöhnlichen Börsentag am heutigen Freitag schließen konnte. Eine neue Panik vor der Papiermarkt hat eingeleitet; jeder sucht von diesem papierenen „Gold“ seinen loszuwerden, dessen Kaufkraft sich in wenigen Stunden auf ein Drittel, Viertel oder gar noch weniger vermindert. Sozusagen im letzten Augenblick, wo man durch Einführung der Rentenmark wieder ein wertbeständigeres Geld dem deutschen Volke bieten will, wird der Wert der Papiermarkt in der ungeheuerlichen Katastrophe, die ihr niemals beschieden war, infolge der Nachfrage über den nach wertbeständigem Gelde, noch weiter herabgeleitet, indem der Wert von einer Milliardenpapiermarkt gleich einem alten christlichen Kupferferment geworden ist.

Berordnung über den Handel mit Goldanleihe.

Die Reichsregierung hat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine Verordnung für den Handel mit wertbeständiger Anleihe des Deutschen Reiches (Goldanleihe) erlassen. Danach finden die Vorschriften der Verordnung vom 22. Oktober über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarkaufanweisungen auf Erwerb und Veräußerung von wertbeständiger Reichsanleihe entsprechende Anwendung und darf wertbeständige Reichsanleihe als Kaufpreis für Waren oder Wertpapiere nur zum letzten amtlichen Berliner Kurs des Tages des Geschäftsschlußes hingebunden und angenommen werden, und zwar zum Geld- oder Briefkurs oder einem dazwischen liegenden Kurs. Wie die „Voll. Ztg.“ hört, sind infolge der käuflichen Nachfrage nach Goldanleihe bis jetzt schon erheblich mehr als 300 Millionen Goldmark in Goldanleihe vom Reich abgeleitet worden, einschließlich der ursprünglich bei der Zeichnung unterbrachten 164 Millionen. Die Ausfertigung der Stücke wird weiterhin beschleunigt, indem schon in einigen Tagen die sämtlichen 500 Millionen Goldmark der Anleihe fertiggestellt sein werden.